



„Die Freiheit der Wissenschaft muss uneingeschränkt respektiert werden“

UPV, VSH und DHV solidarisieren sich mit ungarischen Kolleginnen und Kollegen

Die Wissenschaftsverbände Deutschlands, Österreichs und der Schweiz (Deutscher Hochschulverband (DHV), Österreichischer Universitätsprofessor/Innenverband (UPV), die Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VSH)) haben Wissenschaft und Politik anlässlich einer gemeinsamen Tagung in Wien dazu aufgefordert, den Kampf für die Freiheit der Wissenschaft beherzt fortzusetzen. „Die Freiheit der Wissenschaft ist leider auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. Umso wichtiger wird es, dieses elementare Grundrecht der Wissenschaft aktiv zu verteidigen.“, so die drei Verbände.

Europas Politiker und die Scientific Community dürften insbesondere in der Unterstützung der ungarischen Central European University (CEU) nach ihrem erzwungenen Teilumzug von Budapest nach Wien nicht nachlassen. Zum 30. September hat die vom ehemaligen Finanzinvestor und Philanthropen George Soros gegründete Hochschule ihren Studienbetrieb am neuen Standort begonnen, nachdem die ungarische Regierung ihr die Rechtsgrundlage entzogen hatte. Der ideologisch motivierte staatliche Hinauswurf einer Hochschule mitten in Europa ist ein Skandal. Europas Politik dürfe nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Auch das Aus für die Gender Studies per Dekret und das Gesetz, mit dem die von der Akademie der Wissenschaften betriebenen Forschungsinstitute einem von Regierungsvertreterinnen und -vertretern dominierten Gremium unterstellt worden sind, sind ein „unverhohlener Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit“. „Den ungarischen Kolleginnen und Kollegen gehört unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung“, betonen die Verbände. „Die europäischen Regierungen sind aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Regierung Orbán zu einer Politik zurückkehrt, die die Freiheit von Forschung und Lehre uneingeschränkt respektiert. Forschung ist nur dann frei und kann sich erfolgreich entwickeln, wenn sie nicht unter einem politischen Diktat steht.“

Wien, 21. Oktober 2019